

22.4.2008

# Aufdraht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

MANNI MANAGER

on wire



Gute Arbeit muss drin sein. Logisch erwarten wir das von den Mitarbeitern. Das muss sich aber nicht zwingend in der Entlohnung ausdrücken. Ein kleines Lob genügt.

**Wir pfeifen auf das Kapital**  
**Heraus zum 1. Mai**

**Demonstration**

**10 Uhr:** Kapuzinerstraße  
(Agentur für Arbeit)

## TARIFRUNDE IM ÖFFENTLICHEN DIENST:



**„Der soziale Friede ist wieder hergestellt.  
Das haben wir uns einiges kosten lassen.“**

*Das ist Wolfgang Schäuble: schnüffeln, überwachen, Löhne drücken, Arbeitszeit verlängern. Das ist sein Geschäft.*

Jeden Tag erklären sie uns den sozialen Krieg.

Und wir? Wir ballen die Faust in der Tasche, sind frustriert, schimpfen, aber schlucken. Jeder für sich. Kein gemeinsamer Widerstand.

Und dann stehen Zig-Tausende im Streik, gehen - oft zum ersten Mal - auf die Straße, holen die Faust aus der Tasche, sagen: Basta. Und wir sahen, wir sind eine Millionenarmee. Wir können Widerstand leisten. Diese Erfahrung kann uns keiner nehmen. Das bleibt.

Das Ergebnis ist mehr, als uns die Dienstherrn geben wollten: 50 € für alle, 3,1 Prozent Erhöhung in diesem Jahr, weitere 2,8 Prozent im nächsten Jahr. Aber leider auch Arbeitszeitverlängerung auf 39 Stunden. Und diese halbe Stunde ist eine halbe zu viel, fanden die Kolleginnen und Kollegen bei der Auswertung des Ergebnisses! Nicht nur wegen der Arbeitsplätze, die dadurch vernichtet werden. Es muss endlich Schluss sein mit der unbezahlten

### In dieser Ausgabe:

**Telekom** Dem Druck entgegen treten in Deutschland und Griechenland .... 4

**MAN** Goldene Zeiten für die Aktionäre - harte Zeiten für die Arbeiter ..... 6

**AufDraht**

Herausgeber:  
**DKP München und  
Gruppe KAZ München**

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:  
Bernd Bücking  
Hofangerstr. 171 • 81735 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag  
e-Mail: Auf.Draht@gmx.de

■ ... erklärte Innenminister Wolfgang Schäuble.

Einmal im Februar und einmal im März waren die städtischen Kindergärten und -krippen bundesweit geschlossen, fuhren in vielen Gemeinden die Busse nicht, wurden die Straßen nicht gereinigt und die Mülltonnen nicht geleert, streikten die Krankenschwestern und die KollegInnen in den Flughäfen ... Eine Viertel Million stand bundesweit im Warnstreik.

„200€ für jede Lohngruppe, mindestens 8 Prozent war unsere Forderung und: Hände weg von der Arbeitszeit.“

Die Dienstherrn und Verwaltungschefs kamen ins Schwitzen. Denn sie erlebten: Wir hatten den sozialen Frieden gekündigt. Wir hatten genug von Lohnabbau, Steuergeschenke für die Reichen, Steigerung der Gesundheitsabgaben, Senkung der Renten, Milliarden für die Banken und die Manager, Schnüffeln und Überwachen auf allen Kanälen, Abbau des Versammlungsrechts.

Verlängerung der Arbeitszeit! Wir wollten es ihnen mal zeigen, dass wir es satt haben. Dass wir genug davon haben, dass der Staat ganz bewusst arm gemacht wird, damit bei uns gespart wird!

Zwei Tage Warnstreik haben unsere Kraft gezeigt. Da war Feuer unterm Dach. Und dann wurde gelöscht. Die Chance wurde vergeben, dass sich noch mehr Kolleginnen und Kollegen beteiligen, dass wir erleben, wie stark wir sind, dass wir keine willenlose Masse sind.

Das lässt sich ein Schäuble etwas kosten!

Denn er weiß: Wenn die Millionen von arbeitenden Menschen in Bewegung sind, lassen sie sich so schnell nicht mehr aufhalten. Da braucht man „Friedensstifter“ in den Reihen der Kämpfenden. Denn auch in den Reihen der Gewerkschaften gibt es immer noch welche, die nicht verstanden haben, dass der soziale Friede längst gekündigt ist. HK

Die gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten im Einzelhandel kämpfen seit Monaten gegen die von den Unternehmern auf die Tagesordnung gesetzten Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Sie kämpfen für 2,6 Millionen Beschäftigte, die unter ständig zunehmenden Druck stehen. 130.000 Jobs wurden zwischen 2003 und 2006 abgebaut, gleichzeitig ist die Verkaufsfläche jedes Jahr um bis zu 1,5 Millionen Quadratmeter erweitert worden.

Der HDE (der Unternehmerverband) kündigte die Manteltarifverträge, um die Zuschläge für Spät-, Samstags- und Nachtarbeit enorm zu verschlechtern. Mit der angebotenen Gehaltserhöhung von 1,7 Prozent bedeutet das für die Kollegen ein Minus von bis zu 180 € im Monat. Und selbst dieses Angebot wurde im Pilotbezirk Nordrhein-Westfalen Ende August 2007 erst gemacht, nachdem es bereits über 500 Streiks und Warnstreiks gegeben hat. „Vor dem Hintergrund der geänderten Rechtslage zur Ladenöffnung müssen auch die Regelungen in den Mantel-Tarifverträgen angepasst werden. Spätöffnungszuschläge ab 18.30 Uhr und samstags ab 14.30 Uhr sowie Nachtzuschläge bereits ab 20.00 Uhr sind mit der gesetzlichen Neuregelung sowie den geänderten Lebensgewohnheiten der Kunden nicht mehr vereinbar.“ (nach [www.einzelhandel.de](http://www.einzelhandel.de)) So lautet die Begründung der Unternehmer für ihren Angriff auf die Lebensbedingungen der Kollegen. Es ist schon lustig: Erst verlangt man von der Politik die Freigabe des Ladenschlussgesetzes, dann wird der erhoffte Profit nicht erreicht. Und nun plötzlich ist für die Unternehmer nicht mehr die Grundlage für die Bezahlung ihres Personals gegeben.

## TARIFRUNDE EINZELHANDEL:

### Verzicht ist nicht drin



Kollegen vom Kaufhof am Rotkreuzplatz

Doch die Ausgangsbedingungen, um allen Beschäftigten der Branche die Arbeitsbedingungen zu erhalten, sind nicht optimal. Zu tun hat man es da mit einer Branche, in der den Unternehmern ein Heer von Erwerbslosen zur Verfügung steht, gefügig gemacht mit Hartz IV und deshalb bereit, jeden noch so miesen Job jederzeit zu jeder Bedingung anzunehmen. Sie sind sofort einsetzbar, da für die zahllosen notwendigen Handlangerdienste keine Kenntnisse und Fertigkeiten notwendig sind. Und die Unternehmer bedienen sich aus dieser in Leiharbeitsverhältnisse gepressten Arbeitskraftreserve, um sie kurzfristig als Streikbrecher einzusetzen.

Die vielfachen Streikaktionen der Kollegen sind wegen diesen Streikbrechern bisher verpufft. Mittlerweile gehen die großen Handelsketten dazu über, die Tarifgemeinschaft zu verlassen und an Arbeitgeberverband und Gewerkschaft vorbei Haustarifverträge anzubieten und auch abzuschließen. Der für eine ganze Branche verbindliche Flächentarifvertrag wird so zur Disposition gestellt.

Ein gefährlicher Weg. Die im Vergleich zu anderen Branchen geringe Kampfkraft (nur knapp 30 Prozent sind gewerkschaftlich organisiert) wird so weiter geschwächt, da immer mehr Kollegen aus der Tarifaus-einandersetzung heraus genommen werden. Notwendig ist stattdessen, die vielfachen Einzelaktionen zu zentralisieren und einen alle Tarifbezirke erfassenden Streik zu organisieren. Das muss drin sein. *rw*

## KFZ-HANDWERK MÜNCHEN

### Streik bei BMW, Mercedes und der Mahag!

Für viele Kolleginnen und Kollegen war es das erste Mal, dass sie einem Aufruf der IG Metall gefolgt sind. So konnte man bei der BMW-Niederlassung am Frankfurter Ring viele Kollegen in schwarzem Anzug sehen. Die Autoverkäufer sind auch sauer und sie nutzten wie ihre Kollegen im Blaumann fleißig die Trillerpfeifen. Am Morgen vor dem Warnstreik wurde von der Geschäftsleitung verbreitet, dass eine Teilnahme „Konsequenzen“ haben werde.

Trotzdem waren 500 BMW-Kollegen hier versammelt. Schon am Vortag mach-

ten 400 bei MercedesBenz an der Arnulfstraße und 200 bei der Mahag in Haidhausen den Gang raus.

Sie alle legten für eine Stunde die Arbeit nieder, denn die Autohaus-Unternehmer hatten 2007 alle Tarifverträge gekündigt. Die IG Metall fordert 5,5 Prozent, Beibehaltung der 38,5 Stundenwoche und das sofortige Inkrafttreten des Tarifvertrages.

#### Unternehmer weiter auf Crash-Kurs

Die Vertreter der so genannten Premium-Marken sind die Wortführer der Kfz-Innung. Sie fordern die 47 Stundenwoche,

und bieten erfolgsabhängiges Urlaubs- und Weihnachtsgeld und eine 5 nach dem Komma - also 0,5 Prozent! Am 2. April verließen sie frech die Tarifverhandlung, die nicht wunschgemäß lief, und ließen die Kleinbetriebe zurück, die dann nicht weiter wussten. (Was die norddeutschen Kollegen daraufhin machten – siehe Kasten!)

Gerade die großen Autohäuser können zahlen, denn sie schwimmen in Geld! Bestes Beispiel ist das Mercedes-Hochhaus an der Donnersberger Brücke. Für die BMW-

Fortsetzung auf Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

Niederlassung entstehen unweit des Frankfurter Rings neue Bauten. Mahag erweitert in Haidhausen das „Porsche-Zentrum“ und auch Audi baut an der Hochstraße.

Mehr Lohn für die Beschäftigten statt Paläste für Autos!  
krrn

### Metaller sperren Grenze!

Mehrere Hundert Streikende aus dem Kraftfahrzeughandwerk haben ... zeitweise die Grenze zwischen Flensburg und Krusau in Dänemark blockiert. Die IG Metall hatte zu den Warnstreiks aufgerufen, nachdem die Tarifverhandlungen im schleswig-holsteinischen Automobilgewerbe abgebrochen worden waren. „Wir wollen faire Arbeitsbedingungen und Einkommen. Deshalb werden wir den nötigen Druck entfalten“, sagte der stellvertretende IG Metall-Vorsitzende Detlef Wetzel.

(aus: Hamburger Abendblatt 14.4.2008)

## DEUTSCHE TELEKOM:

# Dem Leistungsdruck begegnen!

Abends sind sie richtig kaputt, sagen viele Kolleginnen und Kollegen, einfach zu nichts mehr fähig. Die Flexibilisierung geht ans Mark, die Arbeitsverdichtung wird immer stärker. Kein Wunder, es müssen ja überall die von Obermann eingesparten Kolleginnen und Kollegen ersetzt werden. Die Schraube wird immer weiter angezogen und kein Ende ist in Sicht. So gab es beim Leistungslohn früher 100 Prozent für 10 Punkte, jetzt sind es schon 13 Punkte, die verlangt werden. Und wenn die Zielvorgaben erst richtig greifen, wird es noch schlimmer.

Jeder trägt es für sich allein. Es ist kein Thema in den Abteilungen. Jeder meint, die Arbeit muss halt gemacht werden, auch wenn das Volumen immer größer wird. Jeder denkt, ich muss es schaffen, damit ich meinen Job behalte. Die Angst vor

Hartz IV wirkt sich so aus, dass alle Zumutungen geschluckt werden. Der Unternehmer sitzt praktisch schon in den Köpfen, es bedarf da gar keiner Befehle. Die Kollegen setzen sich auch gegenseitig unter Druck. Vor allem Leistungsschwächere - und die gibt es nun mal in jedem Betrieb, in jeder Gesellschaft - bleiben auf der Strecke. Immer mehr Kolleginnen und Kollegen nehmen die Abfindung und gehen, obwohl sie wissen, dass sie nicht bis zur Rente damit hinkommen. Sie können einfach nicht mehr. Und außerdem ärgert sie, wie der Arbeitgeber mit ihnen umspringt.

Das Kapital macht unser Leben kaputt. Alle Vorstellungen, dass eine Arbeit so beschaffen sein muss, dass man sie ein ganzes Leben lang aushalten kann, werden systematisch verdrängt. Dabei ist doch unsere Arbeitskraft das einzige, was wir haben, was wir dem Unternehmer verkaufen können. Deshalb müssen wir auf sie achten, dass wir sie erhalten – das ist genauso wichtig wie der Lohn. Der erhöhte Krankenstand ist mit Sicherheit eine Folge der verlängerten Arbeitszeit.

Die Folgen sind in der Gesellschaft schon deutlich zu spüren. Viele Menschen erreichen das Rentenalter nicht und müssen vorzeitig aus dem Betrieb ausscheiden. Die Zahl der psychisch Kranken hat stark zugenommen. Der Umsatz von Psychopharmaka steigt.

Und was sagt der Telekom-Betriebsrat dazu? Von dieser Seite hört man, dass sich

die Kollegen mehr anstrengen müssen. Das darf doch nicht wahr sein!!! Es kann ja wohl nicht sein, dass Betriebsräte dieses große Problem so beiseite schieben. Liegt es daran, dass sie besser bezahlt werden oder dass sie den Druck von der Geschäftsleitung fürchten, wenn sie aktiv werden? Aufgabe des Betriebsrats ist es auf jeden Fall, der Steigerung des Leistungsdrucks entgegen zu wirken. Das Thema gehört auf eine Betriebsversammlung, damit nicht mehr jeder denkt: das ist allein mein Problem, nur ich schaffe mein Pensum so schlecht. Es muss öffentlich diskutiert werden, was zu schaffen ist, ohne dass mensch dabei völlig ausgepowert wird und auf Dauer dabei krank wird. Es muss öffentlich diskutiert werden, dass Arbeitsplätze wieder besetzt werden müssen, dass das Ausbluten der Belegschaft so nicht weiter gehen kann.

Und auch Verdi ist hier gefragt: die Gewerkschaft muss tarifliche Forderungen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen entwickeln. Das würde dem DGB-Aufruf zum 1. Mai „Gute Arbeit muss drin sein“ entsprechen, wo es heißt „Arbeit, die nicht krank macht, muss drin sein“. Die Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst haben es der gerade abgeschlossenen Tarifrunde geschafft, dass die „leistungsorientierte Bezahlung“ nicht ausgeweitet wird, wie die öffentlichen Arbeitgeber es wollten. Auf den Kundgebungen spielte diese Forderung eine große Rolle. Auch im Metallbereich werden ähnliche Fragen diskutiert. Das ist kein Problem der Telekom-Kollegen allein. Der Betriebsrat und verdi müssen die Belegschaft hier unbedingt unterstützen! Dafür sind sie da!

rem



# In Griechenland unerwünscht

Eine landesweite Protestkampagne richtet sich gegen die Übernahmepläne der griechischen Telefongesellschaft OTE durch die Telekom. Die griechischen Gewerkschaften befürchten Preiserhöhungen für die Kunden, eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für die Angestellten und Massenentlassungen. Sie haben sich einfach nur angeschaut, was bei der Telekom in Deutschland los ist, um zu diesen Schlüssen zu kommen.

Für 2,5 Milliarden € will die Telekom 20 Prozent der OTE-Aktien kaufen, weitere acht Prozent will sie vom griechischen Staat übernehmen. Die Bedingung beim Kauf ist, dass die Telekom das Management des Unternehmens bekommt. Dabei soll Griechenland nur das Sprungbett für andere osteuropäische Staaten sein, wo die

OTE bereits stark eingekauft hat. Die Telekom hat einen Markt von 56 Millionen Kunden dabei im Visier, wie Obermann Auskunft gab.

Und woher hat die Telekom das viele Geld? Aus euren Knochen, Kolleginnen und Kollegen, aus den eingesparten Kollegen, aus der größeren Arbeitshetze! Sie benutzt die Gewinne zu Investitionen im Ausland und bringt dort für die Belegschaft ebenfalls Unsicherheit und Verschlechterungen. Der Satz „Wir sitzen alle im gleichen Boot“ ist nicht nur für uns hier im Inland falsch, denn dass Unternehmer und

Angestellte entgegen gesetzte Interessen haben, hat sich bei der Auslagerung und im Streik letztes Jahr deutlich gezeigt. Hier sehen wir, dass er auch über die Grenzen hinweg gilt: die Interessen der griechischen und der deutschen Kolleginnen und Kollegen sind die gleichen – sie müssen sich gemeinsam gegen den Kapitalisten Telekom wehren. Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten.

Die griechischen Kollegen haben schon mit dem Arbeitskampf begonnen, um sich zu wehren. *rem*

Auch **kroatische Gewerkschafter** haben bereits im März vor der Telekomzentrale in Bonn demonstriert - wegen sinkender Realeinkommen und sich verschlechternder Rahmenverhältnisse bei der Hrvatski Telekom. Die kroatische Firma wird seit Jahren von der Deutschen Telekom kontrolliert. Nachdem der Protest in Bonn ungehört verhallte, bezeichneten die kroatischen Kollegen das Vorgehen des deutschen Mutterkonzerns als „kolonialistisch“.

(nach German-Foreign-Policy)

UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP



**6 Stunden-Tag  
statt  
6 Millionen Arbeitslose**

**UZ** Woche für Woche  
antikapitalistisch!

**Jetzt 10 Wochen testen!**

Bitte schicken Sie mir die Wochenzeitung „Unsere Zeit“ für 10 Wochen kostenlos. Das Testabo endet automatisch.

An den Kosten beteilige ich mich freiwillig mit 10,- Euro pro Testabo.  
(bzw. mit einer Spende in Höhe von ..... Euro.)

Name \_\_\_\_\_

Vorname \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_ Geburtsjahr \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ / Ort \_\_\_\_\_

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 1 • 45127 Essen  
Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

## AufDraht-Quiz

Gegen welchen Paragraphen verstoßen diese Kollegen?

- A) § 37 StVO
- B) § 37 der IG Metall-Satzung
- C) Artikel 7 des Gesetzentwurfs der Bayerischen Staatsregierung zum Versammlungsrecht
- D) § 2 des Betriebsverfassungsgesetzes



- A) Gut beobachtet. Die Fußgängerampel steht auf Rot, eine Ordnungswidrigkeit.
- B) Nein. Den gibt's gar nicht.
- C) Richtig - wenn es nach dem Willen der CSU geht. So heißt es im ersten Teil dieses Entwurfes unter den allgemeinen Bestimmungen im Artikel 7:  
(1) Es ist verboten, in einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen, sofern damit eine einschüchternde Wirkung verbunden ist. Aus keinem anderen Grund als unsere Kraft und Stärke zu zeigen, gehen wir auf die Straße. Wenn das dann im Werksanzug mit Streikweste geschieht, kann das schon auf die Chefetage eine "einschüchternde Wirkung" haben. Soll es auch!  
Diesen Gesetzentwurf diktierten die Unternehmer weniger aus Angst vor den Neonazis, sondern vor einer kämpferischen Arbeiterbewegung!
- D) Nein. Der § 2, Absatz (2), regelt den Zutritt der Gewerkschaften zum Betrieb. Aber diesmal sind sie ja auf der Straße.

## MAN AG

## Goldene Zeiten für die Aktionäre, harte Zeiten für die Arbeiter

„2007 war das erfolgreichste Jahr der Unternehmensgeschichte. Zweistellige Zuwächse bei Auftragseingang (+17 Prozent) und Umsatz (+19 Prozent) führen zur Vollauslastung unserer Werke und einem hohen Auftragsbestand (+31 Prozent). Das operative Ergebnis legt um 57 Prozent auf 1,7 Milliarden Euro zu. Die Umsatzrendite ist mit 11,2 Prozent erstmals zweistellig. Der Fahrzeugabsatz steigt erstmals auf über 100.000 Stück.“ Mit diesen Jubelsätzen leitet der Konzernvorstand seinen Geschäftsbericht an die Aktionäre der MAN ein. Und da Aktionäre neben warmen Worten und noch wärmeren auf Hauptversammlungen kredenzten Leberkäse vor allem Kohle sehen wollen, wurde die Dividende kräftig erhöht; von 2 Euro je Aktie auf 3,15 Euro. 57,5 Prozent mehr als im Vorjahr. 420 Millionen Euro wandern so in die Geldbeutel der Aktionäre.

Wie sieht es im Geldbeutel der Arbeiter aus? Legt man die Zahlen des Geschäftsberichtes zu Grunde, erhielten MAN-Werker durchschnittlich lediglich 1,7 Prozent mehr (siehe Tabelle). Aber dafür schufteten die Arbeiter wie die Berserker. Knapp 3 Fahrzeuge pro Jahr produziert mittlerweile ein MAN-Arbeiter, vor fünf Jahren waren es weniger als 2 Fahrzeuge. 70 Prozent mehr sind das. Die Manager sprechen von „Optimierung“. Wir

### Tabelle

Personalaufwendungen in Tsd. €  
Mitarbeiter zum 31.12.  
Personalaufwand/Mitarbeiter in Tsd. €  
Veränderung in Prozent

### 2006

2.778  
53.715  
51,7

### 2007

2.898  
55.086  
52,6  
1,7



Vor dem Pilstinger Neoplanwerk wurde am 9. April demonstriert. Die IG Metall hatte Beschäftigte und Bürger für 12 Uhr zu einer mehrstündigen Protestkundgebung aufgerufen, um gegen die geplante Schließung des Werks mobil zu machen. Ein Sprecher der IG Metall: „Wir können das Verhalten der Verantwortlichen bei MAN nicht tolerieren und setzen uns gemeinsam zur Wehr!“ (metall extranet)

nennen es verschärfte Ausbeutung. Und wer da nicht mithalten kann, wird aussortiert - siehe Pilsting.

250 Jahre gibt es nun die MAN. Vorstand, Aufsichtsrat und Aktionäre werden sich zu feiern wissen, wie die ersten Press-

erklärungen bereits zeigen: „Pioniere, Kapitane, Globalisierer - elf äußerst ungleiche Männer haben MAN kraftvoll ihren Stempel aufgedrückt.“

Sie allein?

rw

## DRUCKERWERK OCÉ POING:

### Profit-Chance Tarifvertrag

Das Geschäft ist erst einmal im Keller. Kurzarbeit wöchentlich bis 2 Tage läuft in Produktion und Einkauf, nachdem schon die Minusstunden-Optionen des Gleitzeitensystems seit Jahresbeginn ausgereizt wurden.

Nun im dritten Jahr, soll der „Future“-Ergänzungstarifvertrag wechselnde, angebliche Zukunfts-Investitionen seitens der Betriebsleitung bringen - bei zusätzlich drei Wochenstunden Arbeitszeit für null Cent mehr seitens der lieben Mitarbeiter.

Die ERA-Einführung (neues Entgelt-Rahmen-Abkommen im Metallbereich) bedeutet für die Mehrzahl der Poinger Kollegen mittelfristig zum Teil erheblich weniger Geld zu bekommen, als es ohne diese Einführung geben würde.

In einem „ERA-Anpassungsfonds“ stecken noch erkleckliche, zwecks garantier-

ter Kostenneutralität einbehaltene Entgeltanteile. Die sind jedoch nach Arbeitgeber-Dünken nicht zwingend „unmittelbar“ nach Einführung, sondern im Verlauf von fünf(!) Jahren auszuzahlen. Und das zinslos und nur an die bis dato nicht ausgeschiedenen Fonds-Einzahler. Das erste Jahr der Océ-ERA-Ära ist am 1.9. bereits abgelaufen. Allzu starken Verdruß wollen die Océ-Bosse anscheinend nicht lostreten, somit dieses in Wahrheit längst überfällige Geld demnächst zwar auszahlen, aber...

... nicht ohne Bedingung: Schon gedenken sie „im Gegenzug“ sich wieder einen kräftigen Schluck aus der Lohnpulle ihrer Beschäftigten zu gönnen: Die ab Juni vorgesehene Tarifierhöhung um 1,7% gibt's dann erst ab Oktober. Eine Klausel in dem laufenden Metall-Tarifvertrag (der so stolz

mit der „vier vor dem Komma“ daherkam) macht eine entsprechende „freiwillige“ Betriebsvereinbarung möglich. Gesagt, getan; wohl bekomm's!

Also sprach Werksleiter Feldweg auf der Betriebsversammlung, nach dem Begründen von Kurzarbeit mit Kostenanpassung: Auch diese Chance müssen **wir als Unternehmer** nutzen, wenn es uns möglich ist.

Und **wir**, als Arbeiter, Entgeltempfänger? Müssen wir denn nicht unsere, letztlich einzige, „Chance“ nutzen? Nämlich uns in Gewerkschaften organisieren, in ihnen mitmachen, sie und mit ihnen den Betriebsrat stärken, in ihnen auch nach dem Rechten sehen und, wo nötig, sie zu dem machen, was wir brauchen - was sonst ist **uns** möglich?

Das Nächstliegende ist hier, den Betriebsrat zu beauftragen und dabei zu unterstützen, sich nicht für Scheingeschäfte - also überfällige ERA-Fonds-Auszahlung gegen Tarif-Aufschub - zu verwenden.

Oml

## Die Bankenkrise - der ganz normale Wahnsinn

Nun hat die Bankenkrise also auch die Bayerische Landesbank erreicht. Wertpapiere in Höhe von 4,3 Milliarden hat die Bank in ihren Büchern, die derzeit nichts mehr wert sind. Was hat die CSU über Jahrzehnte hinweg doch immer mit ihrer Wirtschaftskompetenz geprahlt! Nun stehen Ministerpräsident Beckstein, langjähriges Aufsichtsratsmitglied der Bayern LB und Finanzminister Huber genauso mit heruntergelassenen Hosen da, wie die verantwortlichen Politiker anderer Landesbanken und die Vorstände vieler Banken in Europa und den USA. Das so hoch gelobte kapitalistische Wirtschaftssystem kriselt bedenklich.

### Was ist geschehen?

Ganz normale Vorgänge in dieser, für eine kleine Minderheit so segensreichen Gesellschaft: Die Konjunktur in den USA lahmte. Die kaufkräftige Nachfrage nach Waren stieß an ihre Grenzen. Die Einkommen der Kolleginnen und Kollegen dort, aber auch der kleinen Selbstständigen, der Handwerker usw. waren zu gering, um all die Waren kaufen zu können, die die Arbeiter in den Betrieben mit Hilfe der hochproduktiven Maschinenanlagen herstellten. Die Fabriken waren nicht ausgelastet. Erweiterungen der Produktion oder gar neue Fabriken rentieren sich da nicht für die Kapitalistenklasse. Aus den Arbeitern reichlich herausgepresster Profit in den Händen der Besitzer der Fabriken suchte nach neuen Anlageformen, um sich weiter vermehren zu können. So versuchten nun Banken in den USA die lahmende Konjunktur durch vermehrte Ausgabe von billigen Krediten anzukurbeln. Die Menschen machten Schulden, um sich Häuser oder Wohnungen zu kaufen, was in den USA viel üblicher ist als hier. Die Hauspreise stiegen mit der Nachfrage. Es wurden teilweise die Häuser weiter beliehen, um sich auch andere Dinge wie z.B. Autos oder Reisen leisten zu können, die von den Löhnen oder sonstigen Einkommen nicht bezahlbar waren. Sie hatten ja scheinbar die Wohnungen als Sicherheit. So hatte nicht nur die Bauwirtschaft mehr Aufträge, sondern auch andere Wirtschaftszweige. Die Banken verdienten über die Zinsen. Alles schien bestens. Um die Risiken aus den massenhaften Krediten nicht alleine tragen zu müssen, wurden diese zu komplizierten Wertpapieren gebündelt und verkauft. Da das Geschäft ja lief, erhielten sie durch die Agenturen gute Noten, die Preise dieser Wertpapiere stiegen.

### Was hat die BayernLB mit Immobilienkrediten in den USA zu tun?

Und hier kommen nun die doch so soliden Landesbanken und anderen deutschen Banken ins Spiel. Auch hierzulande ging die Entwicklung der Wirtschaft nur zögerlich voran. Die Löhne und Gehälter sinken eher, als dass sie steigen. Was dadurch allerdings steigt, sind die Profite. Geld ist also in Hülle und Fülle vorhanden und sucht nach Gewinn trächtigen An-

lagen. Und so kauften die Banken diese Wertpapiere, um auch an dem lukrativen Schröpfen der Hauskäufer in den USA mitzuverdienen. Dort allerdings verteuerten sich durch die große Nachfrage die Kredite. Es stiegen also die Zinsen. Die konnten nun von einigen nicht mehr bedient werden. Sie mussten ihre Häuser wieder verkaufen. Die Häuserpreise fielen und damit die scheinbare Sicherheit der Hausbesitzer. Immer mehr konnten sich die steigenden Schulden nicht mehr leisten, immer mehr Häuser wurden verkauft. Die Preise fielen in den Keller – und damit auch die Preise der entsprechenden Wertpapiere. Was Kapital vermehren sollte, droht nun zur massenhaften Kapitalvernichtung zu werden. Da keiner wusste und teilweise immer noch nicht weiß, wie viele dieser Papiere im Besitz der Banken sind und wie sich das Ganze weiter entwickelt, begannen die Banken, sich gegenseitig kein Geld mehr zu leihen. Das aber heißt, dass der Kapitalfluss im Ganzen droht, ins Stocken zu geraten. Im zugespitztesten Falle bedeutet dies, dass die Wirtschaft zum Stillstand kommt mit all den Folgen einer Krise: Zusammenbruch von Banken und Fabriken, noch massenhaftere Erwerbslosigkeit, rapides Ansteigen der Armut. Die Zentralbanken in Europa und den USA druckten Geld in Milliardenhöhe, um es den Banken zu leihen und so deren Geschäftstätigkeit aufrecht zu erhalten. Der Staat griff und greift ein, um mit öffentlichen Geldern einige Banken vor dem Zusammenbruch zu retten. Oder aber er musste zumindest die Bürgschaft für die nun unverkäuflichen Kreditpapiere übernehmen. Und damit sind wir wieder bei der Bayerischen Landesbank. Mit über 2 Milliarden soll der Freistaat für die möglichen und sehr wahrscheinlichen Ausfälle der Bayern LB bürgen. Mit was? Selbstverständlich mit den Steuergeldern, die sie zum überwiegenden Teil aus unseren Taschen ziehen. Um so mehr werden die Herrschaften dann wieder schreien, dass für unsere Belange, für die Belange der Masse der Bevölkerung kein Geld da ist – allen voran die CSU mit ihrer Wirtschaftskompetenz. Dafür hat der Staat kein Geld und die Kapitalisten schon dreimal nicht. Für diese sind das unnütze Ausgaben, die ihren Profit schmälern und damit ihre Konkurrenzfähigkeit. Was ist



die Folge? Sinkende Einkommen großer Teile der Bevölkerung, Zunahme der Armut, Abnahme der zahlungskräftigen Nachfrage auf der einen Seite. Auf der anderen Seite Kapital, das auf Teufel komm raus nach Profitmaximierung strebt und streben muss, aber immer wieder an die Grenzen der Nachfrage stößt. Und damit sind wir wieder am Beginn der Bankenkrise. Was dazu gedacht war, die Folgen dieses Widerspruchs zu lösen, hat sie nur hinausgezögert und verschärft sie noch. In welchem Ausmaß weiß im Moment keiner.

Dieser Wahnsinn!

Das beste System aller Zeiten? gr

**Die DKP im Internet:  
www: dkp-muenchen.de**

# KAZ

**Kommunistische  
Arbeiterzeitung Nr.322**  
Dezember 2007 1,50 Euro

**Kapitalisten gegen  
Streikrecht und Demokratie  
Die Kulturrevolution in der  
VR China Teil III**

www.kaz-online.de

erscheint vierteljährlich  
Einzelheft Euro 1,50  
Jahresabo Euro 10,00

Redaktion der  
Kommunistischen  
Arbeiterzeitung

Tel/Fax: 0911-356913  
e-mail: gruppeKAZ@aol.com

Reichstraße 8  
90408 Nürnberg

**Aus für den Trara**

Strauß selig, der ehemalige bayerische Ministerpräsident, dreht sich im Grabe um. Er kann seine Nachfolger nicht verstehen: wie kann man nur so dumm sein und zugeben, dass die Kosten für den Transrapid aus dem Ruder laufen, fast doppelt so hoch wie mal geplant. Das macht man doch anders: man fängt an und baut und baut und baut. Dann stellt man die Kostenexplosion fest, sagt, dass die Einstellung jetzt aber eine Verschwendung von Steuergeldern wäre – und baut weiter. Das Denkmal am Flughafen aber sollte bleiben als Erinnerung an den „Chaotischen Schwachsinn Unbezahlbarer“. Als „Er schwebte nicht einen Sommer lang“ oder „Die Bahn, die nie kam“ soll er uns in Erinnerung bleiben. Für die Nachfolger Edmund Stoibers wird „Edis Ei für die Zwei“ hoffentlich so wirken, dass sie sich in Zukunft lieber um den Massenverkehr kümmern als um Vielflieger aus den Chefetagen.

**1,1 Prozent**

Da kommen einem ja die Tränen! Josef Ackermann hat im letzten Jahr nur ein Prozent Gehaltszuwachs bekommen – auch nicht mehr, als meine Rentenerhöhung betragen soll. Er wird es trotz der hohen Inflationsrate hoffentlich verkraften. Meine 13 Euro – die ausgerechnet der deutsche Bankenverband als zu hoch kritisiert – können nämlich die Inflation nicht ausgleichen. Aber keine Angst, Ackermann braucht seinen Lebensstil nicht einzuschränken. Bei 14 Millionen Euro im Jahr 2007 ist er immer noch der best bezahlte Manager in Deutschland.

**Die DKP lädt ein**

am Mittw., 30. April, 19:00 Uhr

**KommTreff  
Holzapfelstr. 3  
80339 München**

(Nähe S-Bahnstation Hackerbrücke)

**Begrüßung durch**

- **Renate Münder,**  
Sprecherin der DKP München
- **Kornelia Möller,**  
Bundestagsabgeordnete  
Fraktion DIE LINKE

**mit kleinem Buffet**